



Much, 23.02.2023

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,
sehr geehrte Damen und Herren,

es dürfte unbestritten sein, dass die Aufstellung eines Haushaltes für einen Kämmerer viel Arbeit bedeutet, insbesondere dann, wenn man im Haushaltsentwurf verlässliche Zahlen ausweisen möchte. So wurde dem Rat der Haushaltsentwurf erst Mitte Januar und nicht schon im Dezember 2022 vorgelegt. Auf Grund der bereits bestehenden Termine für den Haupt- und Finanzausschuss und den Rat, verkürzte sich das für den Rat zur Verfügung stehende Zeitfenster zur Prüfung des Entwurfs um mindestens 4 Wochen. Somit verblieb für die Mitglieder des Rates nur ein kleines Zeitfenster, in dem er sich in den Haushaltsentwurf einarbeiten und über dessen Aussagen beraten konnte. Wir hoffen, dass in Zukunft der Haushalt wieder früher vorgelegt wird, da die Mitglieder des Rates ehrenamtlich tätig sind und sich viele neben ihrem Beruf in ein umfassendes Zahlenwerk einarbeiten mussten, für das dem Kämmerer mehrere Monate zur Verfügung standen.

Der uns von der Verwaltung vorgelegte und nach deren Vorstellungen erstellte Haushaltsentwurf, schließt wieder einmal, wen verwundert es noch, mit einem negativen Ergebnis ab. Auch wenn sich die Steuereinnahmen trotz der Pandemie, insbesondere im Bereich der Gewerbesteuern, positiv entwickelt haben, führt dies im Ergebnis auf Grund der erhöhten Ausgabenansätze und teilweise auch der Inflation geschuldeten Mehraufwendungen nicht zu einer Verbesserung der Haushaltslage. Das negative Ergebnis würde noch höher ausfallen, wenn nicht die Möglichkeit zur Isolierung der durch die Pandemie und den Ukrainekrieg entstandenen Mehrkosten möglich wäre.

Auf alle Punkte im Haushaltsentwurf einzugehen, insbesondere auf die an den Kreis abzuführenden Umlagen und den gesetzlich veranlassten Kosten, denen wir uns eh nicht entziehen können, würde sicher den Rahmen für eine Haushaltsrede sprengen. Daher möchte ich mich in meiner Haushaltsrede nur auf die Bereiche Investitionen und Personalkosten beschränken.

Die vorgesehenen Investitionen nehmen wieder einmal drei Seiten des Haushaltsentwurfes ein. Allerdings fällt dem Betrachter dabei sehr schnell ins Auge, dass sich darin immer wieder Positionen befinden, die schon seit mehreren Jahren aufgeführt werden aber noch immer auf ihre abschließende Umsetzung warten. Erschreckend dabei ist, dass für die nicht zeitnah umgesetzten Investitionen seinerzeit Haushaltsansätze eingestellt wurden, die u. a. auf Grund von Preiserhöhungen heute nicht mehr der Realität entsprechen. Bereits im letzten Jahr hatten wir im Rahmen der Haushaltsberatungen bei den Kosten für den Straßenausbau darauf hingewiesen, dass bei der Bildung der Haushaltsansätze auch darauf geachtet werden soll, ob eine zeitliche Realisation in den angegebenen Jahren möglich ist. Im Bereich des Straßenausbau wurde unseren Anregungen insoweit auch gefolgt, doch bei anderen Investitionen scheint man diesem Hinweis nicht gefolgt zu sein.



Peter Steimel
Fraktionsvorsitzender
Werschberg 22
53804 Much
☎ 01575-6087578

So wird wieder eine Vielzahl von Investitionen vorgesehen, bei denen man heute schon sagen kann, dass deren Umsetzung in diesem und folgendem Jahr eher unwahrscheinlich sein dürfte. Schon alleine aus dem Grund, dass weitere Auftragsvergaben für Planung und Umsetzung erst nach Genehmigung des Haushaltes erfolgen dürfen. Berücksichtigt man daneben noch die Zeit, die für die politischen Beratungen, Ausschreibungen etc. anfallen, dürfte das Jahr schon so gut wie vorüber sein.

Ein Vorgang, den wir schon aus früheren Jahren kennen und der nicht nur dazu führt, dass nach Ende eines jeden Jahres eine Vielzahl von Ermächtigungsübertragungen erfolgen, sondern auch die Ausgaben im Haushaltsentwurf auf Grund von wahrscheinlich nicht anfallenden Abschreibungen fiktiv erhöht werden.

Sicher wird es immer wieder Projekte geben für die Ermächtigungsübertragungen erfolgen müssen, da Projekte nicht abgeschlossen werden können und der Verwaltung bis zur Verabschiedung des neuen Haushaltes ein Handlungsspielraum eingeräumt wird. Allerdings sind aus unserer Sicht die Ermächtigungsübertragungen für Projekte zu hinterfragen, die schon über Jahre fortgeschrieben werden und damit fiktive Ausgaben im Haushaltsentwurf verursachen und ggf. einen höheren Bedarf bei den Realsteuern suggerieren.

In Zusammenhang mit der für 2026 angestrebten Haushaltskonsolidierung, wird man sich daher spätestens im nächsten Jahr intensiver mit dem Bereich der Investitionen und deren möglichen Realisierung beschäftigen müssen.

Im Falle der schon seit Jahren geplanten neuen Sporthalle/Versammlungsstätte, erfolgte dies ja schon verwaltungsseitig eigenständig im Haushaltsentwurf. Auch wenn die Streichung dieses Haushaltsansatzes für uns auf Grund der zu erwartenden Bau- und Finanzierungskosten nachvollziehbar ist, werden damit Entscheidungen der politischen Gremien ohne Rücksprache einfach ignoriert. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit ist sicher Optimierungsbedürftig.

Anstatt dessen werden nun wieder erhöhte Sanierungskosten für die Sporthallen an der Grundschule Klosterstraße und der Gesamtschule ausgewiesen. Sanierungskosten, die man eigentlich durch den Bau einer neuen, sowohl als Sporthalle und Versammlungsstätte nutzbaren Gebäudes verhindern wollte.

Im Zusammenhang mit der schon vorstehend erwähnten Prüfung der Investitionen, muss man sich aus unserer Sicht jedoch noch einmal mit diesem Projekt beschäftigen, da die Sanierungsbedürftigkeit der beiden Hallen wohl allen bekannt sein dürfte.

Auf Grund der Kürze, der uns zur Durchsicht des Haushaltsentwurfes zur Verfügung stehenden Zeit, konnten wir nicht alle vorgesehenen Investitionen näher prüfen, so dass wir in den Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss nur einige Projekte einbringen konnten.

So wurden in Abstimmung mit den anderen Fraktionen u. a. folgende Beschlüsse zu den Investitionen gefasst:

- a. Weitere Lehrküche für die Gesamtschule

Die Frage der Erforderlichkeit einer weiteren Lehrküche für die Gesamtschule soll zunächst im Ausschuss für Jugend, Familie und Soziales besprochen werden. Der für



Peter Steimel
Fraktionsvorsitzender
Werschberg 22
53804 Much
☎ 01575-6087578

2023 vorgesehene Haushaltsansatz ist auf das folgende Jahr zu verschieben, es sind lediglich Planungskosten einzustellen.

- b. Erneuerung der Heizungsanlage im Jugendzentrum
Vor dem Einbau einer neuen Heizung soll erst ein Energiekonzept unter Einbezug der Gesamtschule, Photovoltaiktechnik etc. erstellt werden.
- c. Betriebs- und Geschäftsausstattung für die neuen Büroräume in der Villa (frühere Musikschule)
Unserem Antrag zur Minderung des ursprünglichen Haushaltsansatzes wurde bereits seitens der Verwaltung Rechnung getragen, hier wurde der von ihr gebildete Ansatz um 70.000 € gemindert.

Nach meinen Ausführungen zu den Investitionen komme ich nun zu den Personalkosten, die neben den, an Kreis abzuführenden Umlagen eine der größten Ausgabenpositionen darstellen.

Die im Haushaltsentwurf dargestellte Steigerung der Personalkosten, die u. a. auf der Einstellung von weiterem Personal und teilweise auf Höhergruppierungen von Bediensteten beruhen, sehen wir in Teilen durchaus kritisch, zumal uns in einigen Bereichen die genauen Stellenbeschreibungen fehlen. Hier wäre eine größere Transparenz von Seiten der Verwaltung wünschenswert.

Allerdings sind wir der Ansicht, dass eine Verwaltung, die auf Grund von steigenden Aufgaben, sowie durch zusätzliche Belastungen im Bereich der Aufnahme von Asylsuchenden und Flüchtlingen an ihr Limit gekommen ist, einer Entlastung bedarf. Einer aus unserer Sicht überfälligen Entlastung, die wir schon vor Jahren immer wieder angemahnt haben, da unsere Verwaltung schon seit Jahren im Vergleich zu anderen Kommunen immer schon mit weniger Bediensteten ausgekommen ist. In vielen Bereichen, insbesondere im Dienstleistungssektor für die Bürger, sind die Abläufe immer noch nicht digitalisiert was einen erhöhten Personaleinsatz erforderlich macht. Wir alle dürften uns darin einig sein, dass eine Verwaltung nur dann gut und bürgernah arbeiten kann, wenn ihr ausreichendes und qualifiziertes Personal zur Verfügung steht.

Gutes Personal zu finden ist in der heutigen Zeit aber selbst für eine Verwaltung ein schwieriges Unterfangen, da auch in diesem Bereich qualifiziertes Personal Mangelware ist und hinzukommt, dass viele kommunale Arbeitgeber im Wettbewerb untereinander bei der Anwerbung von Personal stehen.

Ob Neueinstellungen in der vorgesehenen Anzahl erforderlich sind, können wir auf Grund des fehlenden Einblickes in die Verwaltungsabläufe nur schwer oder gar nicht beurteilen. Allerdings sehen wir darin auch keinen Grund den Stellenplan grundsätzlich abzulehnen.

Ob letztendlich Neueinstellungen auch in der vorgesehenen Höhe erfolgen können, ist zwar wünschenswert, doch dürfte dies auf Grund der hohen Nachfrage nach Mitarbeitern für den Verwaltungsdienst eher mit einem Fragezeichen zu versehen sein. Hier gibt es in den Nachbarkommunen genug Beispiele, die oft trotz guter Angebote ihre offenen Stellen bisher nicht besetzen konnten.



Peter Steimel
Fraktionsvorsitzender
Werschberg 22
53804 Much
☎ 01575-6087578

Bei künftigen Stellenplänen sind aus unserer Sicht die politischen Gremien auf jeden Fall frühzeitiger zu informieren und sollten darüber nicht nur kurzfristig in Form eines Haushaltsentwurfes informiert werden. Auch erwarten wir in Zukunft bei neu geschafften Stellen und Höhergruppierungen klare Stellenbeschreibungen, denen man den Umfang der Tätigkeit etc. entnehmen kann. Eine objektive Beurteilung von Dienstposten ist für die politischen Gremien nur dann möglich, wenn die Grundsätze von Stellenklarheit und Stellenwahrheit bei den Vorlagen zeitgerecht garantiert werden. Zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit gehört für uns auch, dass bei der Erstellung des Stellenplanes ein offener Austausch erfolgt und die Politik über die Absichten der Verwaltung informiert wird.

Zum Ende möchte ich noch anmerken, dass der Haushaltsentwurf für 2023 in fast allen wesentlichen Teilen auf den Vorschlägen und in Bezug auf den Stellenplan den „Wünschen“ der Verwaltung entspricht. Kostenerhöhende Wünsche der Politik, wie es schon mal gerne dargestellt wird vermag ich darin nicht und wenn nur in geringem Umfang zu erkennen. Zumal der einzige Wunsch der Politik, der im Bau einer neuen Sporthalle und Versammlungsstätte bestand und im Übrigen seinerzeit auch in Absprache mit der Verwaltung so aufgenommen wurde, kommentarlos gestrichen wurde.

Trotz unserer Bedenken in einigen Punkten, werden wir den Entwürfen zum Haushalt 2023 und der Haushaltskonsolidierung bis 2026 zustimmen.

In Bezug auf die Haushaltskonsolidierung möchte ich aber, wie bereits schon in den Vorjahren darauf hinweisen, dass wir uns in Bezug auf die einmalige Auflösung der Coronabedingten und im Haushalt bisher isolierten Aufwendungen, noch keine abschließende Meinung gebildet haben.

Die im Haushalt enthaltende Entwicklung zur Grundsteuer ist ein reiner Planungsansatz, welcher vor einer möglichen Realisierung weiterer intensiven Beratungen bedarf.

Zum Schluss möchte ich mich noch bei unserem Kämmerer, Herrn Christopher Salaske, und Allen weiteren an der Haushaltsaufstellung beteiligten Personen für die uns erteilten Informationen und die dabei aufgebrachte Geduld ganz herzlich bedanken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Peter Steimel

Fraktionsvorsitzender